

7. Haftpflicht für elektrische Anlagen.

Responsabilité civile en matière d'installations électriques.

40. Urteil vom 31. Januar 1912 in Sachen

Elektrizitätsgesellschaft A.-G. in Meilen, Bekl. u. Ber.-Kl.,
gegen **Witwe Bolleter-Gubler** und Kinder, Kl. u. Ber.-Bekl.

Art. 27 EIG: *Es genügt für die Elektrizitätshaftpflicht, dass der Betrieb der elektrischen Anlage die vorwiegende Ursache des Unfalles ist, auch wenn dabei als weitere Ursache das schuldhafte Verhalten eines Dritten mitgewirkt hat.*

A. — Durch Urteil vom 26. Oktober 1911 hat die II. Appellationskammer des Obergerichtes des Kantons Zürich über die Streitfrage:

„Ist die Beklagte pflichtig, an die Kläger 8000 Fr. nebst Zins zu 5 % seit 19. September 1910 zu bezahlen?“

erkannt:

„Die Beklagte ist verpflichtet, an die Kläger 7000 Fr. nebst Zins zu 5 % seit 19. September 1910 zu bezahlen.“

„Die Mehrforderung wird abgewiesen.“

B. — Gegen dieses Urteil hat die Beklagte die Berufung an das Bundesgericht erklärt und beantragt, „es sei die Klage gänzlich abzuweisen“, eventuell „es sei die den Klägern zugesprochene Summe im Quantitativ angemessen herabzusetzen“.

C. — (Gewährung des Armenrechts).

D. — In der heutigen Verhandlung hat der Vertreter der Beklagten Gutheißung, der Vertreter der Kläger Abweisung der Berufung unter Kostenfolge beantragt.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. — In der Gemeinde Meilen wird die Straßenbeleuchtung von der Beklagten besorgt. Diese hatte am westlichen, an eine Wiese anstoßenden Mande der Winkelstraße, die von der Seestraße aus bergwärts zur alten Landstraße geht, eine ziemlich hohe,

hölzerne Stange zur Befestigung einer Straßenlampe aufgestellt. Zu dieser Stange führten von der Landstraße aus zwei Bronzebrähte und zwar zunächst zu oben an der Stange angebrachten Isolatoren. Der westliche Zuleitungsdraht wurde vom Isolator als blanke Steigleitung zu einem auf der Höhe der Lampe befindlichen Krüdenisolator heruntergeführt. Dort war er mit einem isolierten Draht verbunden, der seitlich nach Osten zu in den eisernen Auslegerarm und von da über die Lampe und den bergwärts auf gleicher Höhe befindlichen Sicherungsisolator wieder hinauf zum zweiten oberen Isolator führte, wo er an den östlichen zur alten Landstraße hinaufgehenden Bronzebraht angeschlossen war. Etwas unterhalb der beiden oberen Isolatoren war ein nicht isoliertes Ankerdrahtseil um die Stange geschlungen, das seewärts hinunter zu der Mauer eines auf derselben Seite der Straße befindlichen Gartens führte und dort befestigt war. Infolge einer Straßentorrektion mußte der Eigentümer dieses Gartens die erwähnte Mauer versehen. Er übertrug diese Versehen dem etwa 60jährigen Maurer Gagner in Meilen. Montag den 19. September 1910 machte sich dieser an die Arbeit. Dabei zeigte es sich, daß das Ankerdrahtseil von der Gartenmauer losgelöst werden mußte. Infolgedessen hieb es Gagner durch. Sein Arbeiter Bolleter, der Ehemann und Vater der Kläger, nahm dann das Seil in die Hand, um es um die Lampenstange herum zu wickeln. Als er aber links von der Stange durch die Wiese ging, kam das Drahtseil mit der blanken Steigleitung des westlichen Zuleitungsdrahtes in Berührung. Dies hatte zur Folge, daß Bolleter, obwohl die Lampe nicht brannte, elektrischen Strom von 350 Volt Spannung erhielt, dadurch zu Boden geworfen und, weil er das Seil nicht loslassen konnte, getötet wurde. Gagner sah anfänglich vor Schrecken regungslos zu und wußte nicht, wie er helfen sollte. Jemand welche Warnungstafeln befanden sich nicht an der Stange.

In einer gegen Gagner eingeleiteten Strafuntersuchung wurde über die in Betracht fallenden technischen Fragen ein Gutachten erhoben. Danach hätte die Steigleitung des Zuleitungsdrahtes normalerweise nicht unter Spannung sein sollen. Diese war nur wegen einer unzuverlässigen Straßenlampenschaltung und eines zufällig im Verteilungsnetz entstandenen Isolationsfehlers vor-

handen. Solche Isolationsfehler können zwar nach dem Gutachten nie dauernd verhütet werden; indessen ist es möglich, durch eine normale Lampenschaltung zu verhindern, daß infolge eines solchen Fehlers erdwärts eine Spannung entsteht. Das Gutachten führt sodann aus: „Es muß erwähnt werden, daß mit der rechtlich „unbefugten Beseitigung des Ankers noch keineswegs auch ein „Unfallrisiko verbunden war, das Gagner hätte voraussehen „können; denn wenn er das Ankerseil von der Straße aus selbst „eingeholt, zu einem Ringe aufgerollt und diesen am Fuße der „Stange abgelegt hätte, so wäre ihm voraussichtlich nichts passiert, „weil der Anker wahrscheinlich nur den Straßenlampenausleger, „eventuell den isolierten Einführungsdraht in den Leatern „hätte berühren können. Man kann sich nun allerdings fragen, „ob sich Gagner nicht dadurch eines groben Versehens schuldig „gemacht hat, daß er den Bolleter nicht genau anwies, den Anker „auf die ange deutete Art zu bergen; allein man würde dabei vor- „aussetzen, Gagner habe wissen können, daß eine Bewegung des „Ankers nach der andern Seite wegen der Nähe des Lampen- „drahtes gefährlich sei.

„Nach meinem Dafürhalten geht eine solche Annahme bei einem „technisch ungebildeten alten Manne zu weit; ja ich halte es für „sehr wohl möglich, daß unter Umständen selbst ein Elektrotechniker „aus dem Nichtbrennen der Straßenlampe auf die Ungefährlichkeit „der Zuleitung geschlossen haben würde, weil diese Leatern in ähn- „lichen Verteilungsanlagen wie diejenige in Meilen tagsüber strom- „los sind; tatsächlich würde z. B. ganz die gleiche Manipulation „im benachbarten Netikon dem Bolleter nicht verhängnisvoll ge- „worden sein.“

Bolleter war am 1. Dezember 1855 geboren und hinterließ aus dritter Ehe eine Witwe Luise geb. Gubler und aus zweiter Ehe zwei minderjährige Kinder Hulda und Hermann, die im vorliegenden Prozesse als Kläger auftreten. Die Witwe ist im Jahre 1867 geboren, Hulda am 14. Juni 1900 und Hermann am 11. Oktober 1903. Die Vorinstanz hat angenommen, daß Bolleter, der neben der Ausübung des Maurerberufs sich noch als Tagelöhner verdingte und auf seinem eigenen kleinen Heimwesen arbeitete, 1300 Fr. jährlich verdient und hievon 300 Fr. für sich gebraucht

habe und daß er etwa noch 10 Jahre erwerbsfähig gewesen wäre. Indem sie sodann davon ausging, daß vom Jahresverdienst Bolleters der Ehefrau 300 Fr. und jedem Kinde je 250 Fr. zugekommen wären, berechnete sie für die Witwe eine Entschädigung von 300 Fr. auf 10 Jahre, für das Mädchen Hulda eine solche von 250 Fr. auf 7 Jahre und für den Knaben Hermann eine solche von 250 Fr. auf 10 Jahre. Den hieraus sich ergebenden Gesamtbetrag reduzierte sie auf 7000 Fr.

2. — Der Klage gegenüber hat die Beklagte in erster Linie geltend gemacht, daß der Unfall im Sinne des Art. 27 CIG durch Verschulden oder Versehen eines Dritten, nämlich des Maurers Gagner, verursacht worden sei. Sie erblickt dies Verschulden oder Versehen darin, daß Gagner das Drahtseil abhieb und dem Bolleter übergab, ohne ihm zu sagen, wie er sich verhalten solle. Um die Begründetheit der erwähnten Einrede beurteilen zu können, ist zunächst auf Grund und Zweck der Haftpflicht des Art. 27 CIG zurückzugehen. Wie die Eisenbahnhaftpflicht auf der Erkenntnis beruht, daß der Eisenbahnbetrieb für alle damit in Berührung kommenden Personen eine über die Unfallgefahr des gewöhnlichen Lebens hinausgehende Gefahr bildet und daß es angemessen ist, das ökonomische Risiko dieser besondern Betriebsgefahr den Eisenbahnunternehmungen aufzuerlegen (BGE 33 II S. 22), so entspringt auch die in Art. 27 CIG normierte Haftpflicht aus elektrischen Anlagen dem Gedanken, daß Leben und Gesundheit von Personen, sobald sie mit solchen im Betrieb stehenden Anlagen in Berührung kommen, in höherem Maße, als es im gewöhnlichen Leben der Fall ist, bedroht sind und daß daher der Betriebsinhaber für die ökonomischen Folgen einer in Verwirklichung dieser besondern Gefahr durch den Betrieb verursachten Schädigung von Leben und Gesundheit einzustehen habe. Nun ist es im Haftpflichtrecht längst anerkannt, daß von den notwendigen Bedingungen die zu einem Unfall geführt haben, nicht immer bloß eine einzige als Ursache im Rechtsinn in Betracht kommt, sondern die Sache oft so liegt, daß mehrere der notwendigen Bedingungen als rechtlich selbständige, konkurrierende Unfallursachen anzusehen sind (vergl. z. B. BGE 36 II S. 130). Es kann nun im vorliegenden Falle dahingestellt bleiben, ob die Haftpflicht aus dem Betrieb elektrischer

Anlagen analog der Eisenbahn- und der Fabrikhaftpflicht grundsätzlich in allen Fällen gegeben ist, wo dieser Betrieb wenigstens eine von mehreren Ursachen eines Unfalles bildet (vergl. BGG 33 II S. 500 ff., 35 II S. 24 und 436 f., 36 II S. 130). Dagegen muß die Haftpflicht ihrem Grund und Zweck gemäß jedenfalls immer eintreten, wo der Betrieb einer elektrischen Anlage bei Ursachenkonkurrenz die vorwiegende Ursache eines Unfalles bildet, also auch dann, wenn neben dem Betriebe, aber in weniger bedeutender Weise, ein schuldhaftes oder unachtsames Verhalten eines Dritten den Unfall mitverursacht hat. Die Verwirklichung der besondern Betriebsgefahr bildet ja den Grund der Haftpflicht, und es wäre nun kaum verständlich, wenn trotz einer durch den Betrieb verursachten Schädigung die Haftpflicht wegfiel, sobald neben dem Betriebe auch nur in ganz nebensächlicher Weise ein Verschulden oder Versehen eines Dritten für einen Unfall kausal wäre. Es besteht zudem kein Grund, der es rechtfertigte, im Gegensatz zum Eisenbahn- und Fabrikhaftpflichtrecht die Haftung bei Ursachenkonkurrenz selbst da auszuschließen, wo der Unfall hauptsächlich eine Folge der besondern Betriebsgefahr ist, zumal da, wie bei der Beratung des Elektrizitätsgesetzes in den Räten hervorgehoben wurde, das Publikum mit den besondern Gefahren der elektrischen Anlagen viel weniger vertraut ist als z. B. mit denjenigen des Eisenbahnbetriebes und deshalb nach dem Wortlaut des Art. 27 EUG nur ein großes Verschulden des Getöteten oder Verletzten haftbefreiend wirken soll, während Art. 1 EUG einfach von einem Verschulden spricht.

3. — Was nun die Verursachung des vorliegenden Unfalles betrifft, so kommen als dessen notwendige Bedingungen in Frage einmal auf Seite Gagners das Abhauen des Ankerdrahtseiles und allenfalls, sofern man annehmen wollte, Gagner habe mit der Gefahr einer Berührung der Steigleitung rechnen müssen, die Unterlassung einer Instruktion über die Manipulation mit dem Seile, sodann der Umstand, daß Bolleter links neben der Stange vorbeigehen wollte und infolgedessen mit dem Drahtseil die Steigleitung des Zuleitungsdrahtes berührte, und endlich der Betrieb der Elektrizitätsanlage, insbesondere der vorhandene Isolationsfehler, die unzuweckmäßige Lampenschaltung und die dadurch erd-

wärts herbeigeführte Spannung. Wenn man davon ausgeht, daß eine sich als notwendige Bedingung eines bestimmten Erfolges erweisende Handlung dann Ursache im Rechtsinn ist, wenn sie die objektive Möglichkeit eines Erfolges von der Art desjenigen, der eingetreten ist, generell in nicht unerheblicher Weise erhöht und man für das Möglichkeitsurteil das gesamte Erfahrungswissen zu Grunde legt und alle zur Zeit der Begehung der Handlung vorhandenen Bedingungen, die zu diesem Zeitpunkte dem einsichtigsten Menschen erkennbar gewesen wären, voraussetzt (Träger, Kausalbegriff, S. 139), so wird man zwar kaum den ursächlichen Charakter des Abhauens des Drahtseiles und allenfalls der Unterlassung einer zweckentsprechenden Instruktion verneinen können, da die Möglichkeit der Berührung der Steigleitung mit dem Drahtseil erst hiedurch eintrat, während sie vor dem Abhauen ausgeschlossen war und „der einsichtigste Mensch“ auf Grund des gesamten Erfahrungswissens mit der Möglichkeit, daß elektrischer Strom in der Leitung sei, wohl hätte rechnen müssen. Zum nämlichen Resultate führte übrigens auch die von L. v. Bar (Die Schuld nach dem Strafgesetze, S. 161 ff.) aufgestellte Kausaltheorie, nach der eine Haftung nur für denjenigen Verlauf einer Handlung eintritt, der sich als ein leicht möglicher einer vernünftigen Beachtung des Handelnden nicht entziehen konnte. Die angeführten Ursachen stehen aber an Bedeutung weit hinter den vom Betrieb gesetzten kausalen Umständen zurück. Es leuchtet ein, daß der Betrieb schon deshalb als Unfallsursache anzusehen ist, weil er generell geeignet ist, solche Unfälle, bei denen ein Verhalten in der Art desjenigen des Gagners und des Bolleter eine Rolle spielt, herbeizuführen. Wie sich aus dem ganzen Vorgang, insbesondere dem Verhalten Gagners beim Unfall ergibt, hatten weder dieser noch Bolleter eine Ahnung von der vorhandenen Gefahr; sie wurden von der Wirkung des elektrischen Stromes vollständig überrascht. Weder die tatsächlichen Umstände noch ihre Kenntnisse waren, wie auch das Expertengutachten ausführt, geeignet, ihnen die Gefahr deutlich zum Bewußtsein zu bringen. Ihr Verhalten ist daher keineswegs als ein durchaus regelwidriges, nicht voraussehbares anzusehen, und es muß daher bei der Einrichtung und Organisation des Betriebes elektrischer Anlagen mit einem der-

artigen Verhalten gerechnet werden (vergl. hierzu BGE 33 II S. 23). Weber was Gafner, noch was Bolleter getan hat, könnte daher den Kausalzusammenhang zwischen dem Betriebe der Beklagten und dem Unfall ausschließen. Dazu kommt aber, daß der Unfall nicht bloß allgemein durch die Besonderheit des Betriebes, sondern noch durch Unregelmäßigkeiten im Betriebe, den Isolationsfehler und die unzweckmäßige Lampenschaltung, wodurch die normale Betriebsgefahr noch erhöht worden war, weiter generell begünstigt worden ist. Die im Betriebe liegenden kausalen Umstände müssen daher zweifellos als die vorwiegenden Ursachen des Unfalles betrachtet werden und zwar sowohl im Verhältnis zum Verhalten Gafners als auch zu demjenigen Bolleters. Beiden gegenüber fällt ins Gewicht, daß nach dem Expertengutachten selbst ein Elektrotechniker unter Umständen angenommen hätte, es befände sich zur Zeit in der Lampenleitung kein Strom und daß auch die Manipulation Bolleters im Nachbardorf Uetikon nicht zu einem Unfall geführt hätte. Das Abhauen des Drahtseiles sodann war an sich ungefährlich und die Möglichkeit der Berührung mit dem Zuleitungsdraht der Steigleitung lag immerhin nicht sehr nahe. Der Kontakt konnte nur dadurch eintreten, daß Bolleter links neben der Stange vorbeiging und zwar so weit weg von dieser, daß das Drahtseil über dem Rückenisolator durchging. Wäre er näher bei der Stange vorbei oder geradewegs auf diese losgegangen, so hätte das Ankerdrahtseil bloß den isolierten Einführungsdraht berührt, und wenn er nach rechts hätte um die Stange herum gehen wollen, so wäre das Drahtseil nur mit dem eisernen Auslegerarm in Berührung gekommen. Liegt somit im Betrieb der Straßenbeleuchtungsanlage die Hauptursache des Unfalls, so wäre die Haftpflicht auch dann nicht ausgeschlossen, wenn dem Gafner ein Verschulden oder Versehen zur Last fiel. Es braucht daher nicht untersucht zu werden, ob im Abhauen des Drahtseiles und in der Unterlassung einer zweckmäßigen Instruktion über dessen Handhabung ein Verschulden oder Versehen Gafners liege.

4. — Mit Unrecht macht die Beklagte im weiteren geltend, Bolleter habe sich im Sinne des Art. 35 EG mit wissentlicher Übertretung von bekannt gegebenen Schutzvorschriften und Warnungen mit der elektrischen Anlage in Berührung gebracht. Selbst

wenn es, wie die Beklagte behauptet, richtig wäre, daß sie vor Jahren in den Zeitungen wiederholt die Leitungen als lebensgefährlich bezeichnet und vor deren Berührung gewarnt hätte, so ginge daraus noch nicht mit Sicherheit hervor, daß Bolleter von diesen Bekanntmachungen Kenntnis erhalten hätte. Nach dem Wortlaut des Art. 35 EG, der ausdrücklich den Nachweis einer wissentlichen Übertretung verlangt, darf eine solche wissentliche Übertretung nicht leicht hin als vorhanden angenommen werden. Dazu kommt, daß, wenn auch Bolleter von den angeblichen Bekanntmachungen Kenntnis gehabt hätte, es sich doch nicht um eine Übertretung der veröffentlichten Warnungen handeln könnte, da sich die erlassenen Warnungen jedenfalls nicht auf die Berührung von Ankerseilen bezogen. Sofern man sodann auch annehmen wollte, im Abhauen des Drahtseiles liege ein widerrechtlicher Eingriff in die Betriebsphäre, so wäre dies doch unerheblich, weil diese Handlung nicht dem Bolleter zur Last fällt. Das Beiseiteschaffen des freihängenden Drahtseiles ist natürlich kein widerrechtlicher Eingriff in den Betrieb, sondern eine Handlung, die an sich durchaus zweckmäßig war und im eigenen Interesse der Beklagten lag.

5. — Wie die Vorinstanz mit Recht ausgeführt hat, kann auch von einem groben Verschulden Bolleters keine Rede sein. Ein solches läge nur dann vor, wenn Bolleter eine offensibare, sinnensällige Gefahr mißachtet hätte. Daß dies nicht der Fall ist, ist bereits unter Erw. 3 dargetan worden. Es mag nur noch darauf verwiesen werden, daß die Leitung bloß zur Speisung einer Straßenlampe diente und daher das Nichtbrennen dieser Lampe jemanden, der mit dem Funktionieren einer elektrischen Anlage nicht vertraut ist, gewiß leicht zum Glauben verleiten konnte, die Leitung sei stromlos.

6. — Was die Bestimmung der Höhe der Entschädigung betrifft, so handelt es sich hiebei in der Hauptsache um Tatfragen, die sich der Nachprüfung des Bundesgerichtes entziehen. Dies gilt insbesondere in Beziehung auf die Ermittlung des Einkommens, das Bolleter gehabt hatte. Hiefür ist nach Art. 81 DG die Feststellung der letzten kantonalen Instanz maßgebend und nicht diejenige der ersten Instanz, wenn diese auch, wie die Beklagte ausführt, die Verhältnisse Bolleters besser kannte als jene. Davon, daß

die Annahme, Bolleter habe 1300 Fr. verdient, attenwidrig sei, kann keine Rede sein; aus den Akten geht die Unrichtigkeit dieser Annahme nicht hervor. Die Vorinstanz hat auch nicht etwa entgegen dem Art. 51 aOst es unterlassen, die Umstände zu würdigen, oder ihrer Annahme einen für die Haftpflichtentschädigung nicht maßgebenden Einkommensbegriff zu Grunde gelegt. Vielmehr hat sie mit Recht auch die Nebeneinkünfte berücksichtigt. Die Frage, wieviel vom Einkommen Bolleters für seinen persönlichen Unterhalt und wieviel für denjenigen von Frau und Kinder zu rechnen sei, ist eine solche des richterlichen Ermessens. Die Beantwortung derartiger Fragen durch die kantonalen Gerichte pflegt das Bundesgericht nur darauf zu überprüfen, ob der kantonale Richter dabei von seinem Ermessen einen offenbar unrichtigen Gebrauch gemacht habe. Dies ist aber hier nicht der Fall. Die Berechnung der Vorinstanz entspricht vielmehr den Ansätzen, die das Bundesgericht in derartigen Fällen seinen Urteilen zu Grunde gelegt hat (vergl. BGG 36 II S. 96). Mit Recht hat sodann die Vorinstanz keinen Abzug für Kapitalabfindung gemacht, da die den einzelnen Klägern zugesprochenen Beträge eine kapitalistische Verwendung nicht ermöglichen. Es könnte sich höchstens fragen, ob für die Entschädigung, soweit sie sich auf die künftigen Jahre bezieht, ein Diskont abzuziehen sei. Da es sich aber um eine verhältnismäßig kurze Zeit handelt, so würde sich ein derartiger Abzug nicht rechtfertigen. Zudem hat ja die Vorinstanz von dem nach ihrer Rechnung sich ergebenden Gesamtbetrag bereits 250 Fr. abgezogen.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Berufung wird abgewiesen und das Urteil der II. Appellationskammer des zürcherischen Obergerichts vom 26. Oktober 1911 in allen Teilen bestätigt.

8. Haftung des Staates aus der Handhabung der Amtsgewalt. — Responsabilité de l'Etat pour les actes de fonctionnaires.

41. Sentenza 27 aprile 1912 della I^a Sezione civile
nella causa Bossi, attore, contro Cantone Ticino, convenuto.

Applicazione dell'art. 24 della Legge federale sulle derrate alimentari. Natura della responsabilità dello Stato. — Criteri determinanti la giustificazione o meno del sequestro. — Danno risarcibile.

La Camera civile del Tribunale di Appello del Ticino pronunciava con sentenza 9 novembre 1911 :

- « 1° Le domande contenute nella petizione di causa non »
» sono ammesse.
» 2° Le spese giudiziarie sono a carico dello Stato, com- »
» pensate le ripetibili. »

Appellanti da questo giudizio :

a) l'attore, il quale con atto 13 dicembre 1911 conchiude domandando :

la conferma della petizione di causa nel senso che lo Stato del Cantone Ticino venga obbligato a pagare all'istante la somma di fr. . . . (a giudizio del giudice) per risarcimento danni *materiali* e *morali* : colla rifusione delle spese giudiziarie e ripetibili, quest'ultime nell'importo di fr. 500 ;

subordinatamente : che lo Stato sia tenuto a pagare all'istante la somma di fr. 405 a titolo di risarcimento danni *materiali*, colla rifusione delle spese come sopra ;

b) in via adesiva, il convenuto, il quale conchiude a che le spese della causa siano addossate all'attore, condannato quest'ultimo alla rifusione di fr. 500 per ripetibili e confermato il dispositivo 1° della sentenza appellata ;

Presenti agli odierni dibattimenti i rappresentanti di ambedue le parti, i quali si riconfermano nelle loro conclusioni scritte ;